

Glyphosat: Nicht nur Frankreich will aussteigen

Veröffentlicht am: 06.12.2017



Anwendung von Glyphosat / Foto:

Flickr.com / Paul Schulze, Lizenziert unter Creative-Commons (CC-BY 4.0)

Frankreich will sich bis spätestens 2020 von der Glyphosat-Nutzung verabschieden. Zahlreiche deutsche Kommunen haben sich schon jetzt für glyphosاتفrei erklärt und auch national mehren sich die Stimmen für einen Ausstieg.

Frankreich will sich so bald wie möglich von Glyphosat unabhängig machen. Staatspräsident Emmanuel Macron habe die Regierung beauftragt, „die notwendigen Vorkehrungen für ein Verbot des Glyphosats in Frankreich zu treffen, sobald Alternativen gefunden sind, und spätestens in drei Jahren“, meldete die französische Botschaft in Berlin. Nach ihren Angaben hat Glyphosat bei den Unkrautvernichtern in Frankreich einen Marktanteil von 30 Prozent. Von der EU-Kommission wünscht sich die französische Regierung, dass sie „ihren angekündigten Reformvorschlag zur besseren Evaluierung chemischer Substanzen, der dem Anspruch von mehr Transparenz und eines unabhängigen Urteils genüge leistet, schnell vorlegt“.

In Deutschland drängen Politiker verschiedener Parteien darauf, Glyphosat bald zu verbieten. SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles kündigte nach Angaben der Westdeutschen Zei-

tung eine Initiative im Bundestag an, „die national das Ausbringen von Glyphosat verhindert“. Sie begründete dies vor allem damit, dass das Totalherbizid die Artenvielfalt in Deutschland beeinträchtigt. Auch SPD-Chef Martin Schulz stellte sich hinter diese Forderung. Die Thüringer Allgemeine meldete, Thüringens grüne Umweltministerin Anja Siegemund werde im Bundesrat eine Initiative zur Glyphosat-Reduzierung einbringen. Selbst Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) sagte: „National werden wir ... zusätzliche Maßnahmen im Sinne einer restriktiveren Anwendung ergreifen.“ Konkret wies er in seinem Statement auf die „Stärkung der Rolle von Biodiversität und Tierwelt“ in den anstehenden Zulassungsverfahren hin.

Möglich sind solche nationalen Verbote, weil die EU nur den Wirkstoff Glyphosat zugelassen hat. Die daraus hergestellten gebrauchsfertigen Pestizide müssen die Mitgliedsstaaten anschließend in eigenen Verfahren genehmigen und können dabei die Nutzung einschränken. Nach Angaben des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sind aktuell 37 Pestizide mit Glyphosat zugelassen, die von 12 Firmen unter 105 Handelsnamen vermarktet werden. Sie müssen einzeln neu zugelassen werden, wobei auch das Umweltbundesamt zustimmen muss.

Auch Kommunen können Schritte gegen Glyphosat und andere Herbizide ergreifen, indem sie deren Einsatz in Parks und anderen öffentlichen Grünflächen untersagen. Nach Angaben des Umweltverbandes BUND haben sich bisher 90 Städte und Gemeinden in Deutschland entschieden, ihre Grünflächen ohne Pestizide oder mindestens ohne Glyphosat zu bewirtschaften. Der BUND unterstützt diese Aktivitäten durch einen Ratgeber „Die pestizidfreie Kommune“.

Neue Argumente für einen schnellen Abschied von Glyphosat liefert eine aktuelle Studie von Wissenschaftlern aus Deutschland, China und den USA. Sie haben dafür rund 220 wissenschaftliche Untersuchungen aus den letzten Jahren ausgewertet, die sich mit den Auswirkungen von Glyphosat auf die Umwelt und die pflanzliche, tierische oder menschliche Gesundheit befassten. „Es gibt viele offene Fragen, die dringend wissenschaftlich genauer untersucht werden müssen“, sagte die an der Studie beteiligte Kasseler Professorin Maria Finckh. Als Beispiel nannte die Pflanzenschutzexpertin die in einigen Arbeiten festgestellten Zusammenhänge zwischen chronischem Botulismus bei Tieren und Glyphosat im Futter. Der Grund dafür sei, dass bestimmte schädliche, pathogene Mikroorganismen deutlich resistenter gegen Glyphosat seien als viele für Tiere und Pflanzen nützliche Organismen. Auch eine Vielzahl von Pflanzenkrankheiten werde mit Glyphosat und seinen Effekten auf die Zusammensetzung der mikrobiellen Umwelt in und um die Wurzel in Zusammenhang gebracht, sagte Finckh. [lf]

[Links zu diesem Artikel](#)

- [Mitteilung der französischen Botschaft: Frankreich will Glyphosat-Einsatz bis 2020 beenden \(04.12.2017\)](#)
- [Westdeutsche Zeitung: SPD dringt auf Glyphosat-Verbot in Deutschland \(04.12.2017\)](#)
- [Thüringer Allgemeine: Thüringen bringt Initiative zu Glyphosat-Reduzierung in Bundesrat ein \(05.12.2017\)](#)
- [Bundeslandwirtschaftsministerium: Statement zur Entscheidung vom 27.11.2017 über die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat \(27.11.2017\)](#)
- [BUND: Pestizidfreie Kommunen: Es tut sich was](#)
- [Universität Kassel: Kasseler Pflanzenschutz-Wissenschaftlerin warnt vor Risiken von Glyphosat \(17.11.2017\)](#)
- [Fachzeitschrift Science of The Total Environment: Environmental and health effects of the herbicide glyphosate \(05.11.2017\)](#)